

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 49 (2022)
Heft: 3

Artikel: Volk stärkt Bundesrat und Parlament den Rücken
Autor: Peter, Theodora
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1052173>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

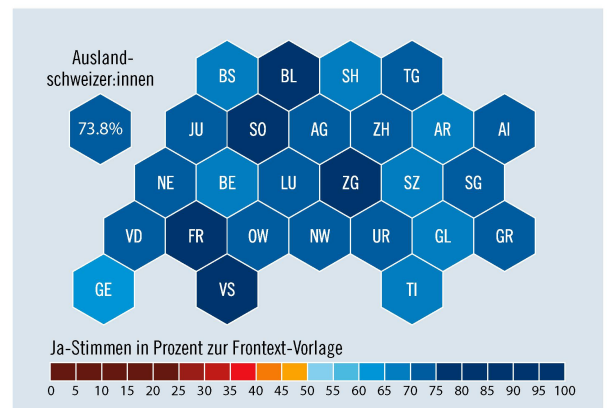


Volk stärkt Bundesrat und Parlament den Rücken

Beim Urnengang vom 15. Mai stellten sich die Schweizer Stimmberechtigten hinter alle drei Vorlagen der Behörden. Am meisten Zustimmung fand die Erhöhung des Schweizer Beitrags an die EU-Grenzschutzbehörde Frontex. Die Stimmbeteiligung lag mit 39,5 Prozent unter dem Durchschnitt.

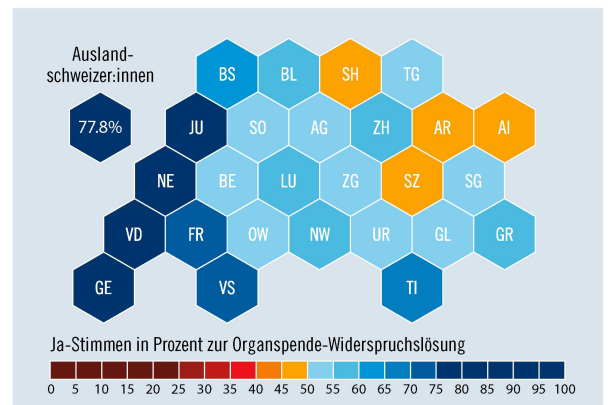
Mehr Geld für europäischen Grenzschutz

Die Schweiz beteiligt sich am Ausbau der europäischen Grenz- und Küstenwache Frontex. Der Beitrag steigt von heute 24 Millionen bis 2027 auf 61 Millionen Franken pro Jahr. Das Stimmvolk stellte sich mit 71,5 Prozent Ja hinter die Vorlage, die vom Migrant Solidarity Network und links-grünen Parteien bekämpft worden war. Frontex ist wegen der Verwicklung in illegale Rückweisungen Geflüchteter an den EU-Aussengrenzen in die Kritik geraten («Revue» 2/2022). Der Bundesrat versprach, sich bei der Frontex für die Einhaltung der Grundrechte starkzumachen. Die EU-Kommission begrüßte das klare Abstimmungsresultat. Es zeige, wie wichtig der Schweiz nebst den Vorteilen der Personenfreizügigkeit ein gemeinsames Management der Grenzen sei. (TP)



Neue Regeln bei der Organspende

Bei der Organspende vollzieht die Schweiz einen Paradigmenwechsel. Bislang brauchte es zu Lebzeiten eine aktive Zustimmung, damit nach einem Hirntod Organe entnommen werden durften. Künftig ist dies genau umgekehrt: Wer seine Organe nicht spenden will, muss das deklarieren. Das Stimmvolk sagte mit 60,2 Prozent Ja zur erweiterten Widerspruchslösung, bei der die Angehörigen ein Mitspracherecht behalten. Sie werden im Zweifelsfall zum mutmasslichen Willen des Verstorbenen befragt. Kritiker befürchten, so steige der Druck auf Angehörige («Revue» 2/2022). Die Westschweiz befürwortete die neuen Regeln stärker als die Deutschschweiz. Die Widerspruchslösung gilt bereits in mehreren Ländern – etwa in Frankreich, Italien, Österreich und Spanien. (TP)



Millionen für den Schweizer Film

Globale Streaming-Plattformen wie Netflix oder Disney+ müssen künftig pro Jahr vier Prozent ihrer Einnahmen ins Schweizer Filmschaffen investieren – oder eine Ersatzabgabe zahlen. Damit stehen der einheimischen Filmproduktion jährlich rund 20 Millionen Franken zusätzlich zur Verfügung. Das Stimmvolk stellte sich mit 58,4 Prozent hinter die Revision des Filmgesetzes – dies vor allem dank dem klaren Ja der lateinischen Schweiz. In der Deutschschweiz stiess eine staatliche Steuerung der Filmförderung auf mehr Skepsis. Auch befürchteten die Gegner eine Verteuerung der Streaming-Abos für die Konsumierenden. Mit der nun beschlossenen Investitionspflicht für Netflix & Co. folgt die Schweiz dem Beispiel anderer europäischer Länder. (TP)

